

Replik auf den Kommentar von Zeno Geissler „Wenn eine Familienpartei gegen Familien Partei ergreift“

... weil die SP eine Familienpartei ist, ergreift sie das Referendum

Nicht die SP sondern Zeno Geissler hat sich argumentativ verrannt. In seinem Kommentar äussert er sich über die Familienpolitik der SP, ohne sich mit den Hintergründen des Referendums «Steuerbonus für reiche Eltern» auseinandergesetzt zu haben. Es ging nicht um eine Steuersenkung zur Familienentlastung. Mit der ursprünglichen Vorlage wollte des Bundesrates die Arbeitsbeteiligung von qualifizierten Frauen im Rahmen der Fachkräfteinitiative erhöhen. Deshalb schickte er die Erhöhung des Kinderdrittbetreuungsabzuges bei den direkten Bundessteuern von 10'100 auf 25'000 Franken in die Vernehmlassung. Grund ist, dass wohlhabende Familien keine Kita-Ermässigung geltend machen können. Durch den höheren Betreuungsabzug sollten einen Ausgleich geschaffen werden und dadurch die Beschäftigung von Frauen erhöht werden. Die Vorlage hätte 10 Millionen Franken gekostet und wurde von den Kantonen akzeptiert. Durch die Hintertüre bauten aber die Bürgerlichen während der Beratung die Erhöhung des Kinderabzugs von 6'500 Franken auf 10'000 Franken aus, was einen enormen Steuerausfall von 350 Millionen Franken zur Folge hätte. 350 Millionen, die nicht im Sinne der Vereinbarkeit von Familie und Beruf investiert würden und ausschliesslich eine einseitige Steuersenkung für die Oberschicht bedeuten. Sogar die NZZ schreibt, der SP sei recht zu geben: «Es gäbe bessere Wege, wie der Staat die Kinderkosten für die Eltern berücksichtigen könnte». Auch die Kantone lehnen diesen Entscheid kategorisch ab, denn ein so hoher Steuerausfall hätte Sparmassnahmen zur Folge. Das würde mit Sicherheit Familien treffen und zwar jene, die über jeden Franken im Haushaltsbudget dankbar sind.

10.10.2019, Martina Munz, Nationalrätin